

Zusammenfassung der Empfehlungen

Act Alliance EU macht fünf Empfehlungen für die europäischen Länder und Institutionen:

1. Die EU, ihre Institutionen und die meisten europäischen Länder müssen ihre **Anstrengungen verdoppeln**, um die Klimafinanzierungs-Beiträge aus Europa zu erhöhen.
2. Internationale Klimafinanzierung sollte primär in Form von **Zuschüssen anstatt als Kredite** vergeben werden, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC). Im Fall von Krediten sollten nur die nach der OECD-Methode ermittelten Zuschussäquivalente gegenüber der UNFCCC¹ als internationale Klimafinanzierung geltend gemacht werden.
3. Die zuschussäquivalenten Beiträge zur Klimafinanzierung sollten im **Gleichschritt mit dem Bruttonationaleinkommen (BNE)** der Länder steigen.
4. Da das Pariser Abkommen bei den Beiträgen an die 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr ein Gleichgewicht zwischen Anpassung und Emissionsminderung verlangt, müssen die meisten europäischen Länder auf Basis ihrer aktuellen Zusagen ihre **Unterstützung für Anpassung drastisch erhöhen**.
5. Die UNFCCC-Mitgliedsstaaten sollten sich auf eine gemeinsame Definition von «neuer und zusätzlicher» Klimafinanzierung (*new & additional climate finance*) einigen. Es gilt sicherzustellen, dass die Mittel für Klimafinanzierung konventionelle, ebenfalls dringende **Entwicklungsbedürfnisse ergänzen und nicht auf deren Kosten finanziert werden**. Generell sollte Klimafinanzierung nur dann als «neu und zusätzlich» gelten, wenn sie bestehende Zusagen für Entwicklungshilfe übersteigt.

Für die Schweiz sind insbesondere die **Empfehlungen 1** (insgesamt mehr internationale Klimafinanzierung nötig), **3** (Anstieg proportionaler zum BNE sicherstellen), und **5** (Klimafinanzierung nicht auf Kosten von Entwicklungszusammenarbeit) relevant. Abgesehen vom generell zu niedrigem Niveau fiel die Schweizer Klimafinanzierung mit einem Anteil von 0.0479% (2018) des Bruttonationaleinkommens (BNE) europaweit auf den 9. Platz zurück². Im Vergleich zu den anderen 29 europäischen Staaten vergab die Schweiz auch anteilmässig etwas mehr Klimafinanzierung in Form von rückzahlbaren Darlehen (*loans*). Nur sieben Länder vergaben noch weniger Zuschüsse (*grants*), darunter drei der vier direkten Nachbarstaaten (Deutschland, Frankreich und Österreich).

Am deutlichsten aber fällt die **Schweiz** in Bezug auf die UNO-Forderung nach «neuer und zusätzlicher» Klimafinanzierung auf. Sie interpretiert diese (leider in der Klimarahmenkonvention nicht klar definierte) Grundforderung sehr viel lascher als die anderen sechs diesbezüglich analysierten Länder³: So bezeichnet die Schweiz im neuesten Zweijahresbericht (von Dezember 2019) ihre gesamte Klimafinanzierung deshalb als «neu», weil das Parlament das Entwicklungsbudget jährlich «neu» bewilligt. «Zusätzlich» seien die Beiträge ferner deshalb, weil kontinuierlich mehr und mehr Gelder aus dem (notabene stagnierenden) Entwicklungsbudget in zusätzliche Klimaprojekte umgelagert (also aus konventionellen Entwicklungsvorhaben abgezogen) würden.

Im Vergleich zur Schweiz definieren **Grossbritannien** und **Finnland** Klimafinanz-Beiträge strikt nur als «neu und zusätzlich», wenn sie über dem «historischen Entwicklungshilfe-Niveau» von 2009 liegen; also dem Jahr, in dem die Industriestaaten die 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr an neuer und zusätzlicher internationaler Klimafinanzierung versprochen. **Schweden** rapportiert nur Zahlungen als Klimafinanzierung an die UNFCCC, die über dem schon seit Jahren geltenden Mindestbeitrag für Entwicklungsfinanzierung von 0.7% des BNE liegen. **Portugal** weist nur Klimafinanzierungs-Zahlungen als neu und zusätzlich aus, die aus einem eigenen «Umwelt-Fonds» erfolgen. Lediglich **Dänemark** und **Deutschland** gehen in eine ähnliche Richtung wie die Schweiz. Aber auch sie berücksichtigen dabei nur neue Zusagen oder Zahlungen, nicht auch alljährlich wiederkehrende Budget-Bewilligungen wie die Schweiz.

¹ **Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen** ([englisch](#) *United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC*), auch Pariser Klimaabkommen genannt.

² Hinter Schweden (0.122% des BNE), Norwegen (0.108%), Deutschland (0.103%), den Niederlanden (0.074%), Luxemburg (0.069%), Dänemark (0.065%), Frankreich (0.064%) sowie Grossbritannien (0.056%).

³ Deutschland, Dänemark, Finnland, Grossbritannien, Schweden und Portugal.